

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1923**

4.12.1923 (No. 282)



der Angelegenheit der Rückkehr des früheren deutschen Kronprinzen einen relativ maßvollen Beschluß faßte; und das grandiose Vertrauensvotum, das gleich darnach die französische Kammer Herrn Poincaré aussprach, ist gerade mit dieser maßvollen Haltung begründet worden.

Ferner hat Frankreich sich damit einverstanden erklärt, daß die Reparationskommission Sachverständigenausschüsse bildet, die die finanzielle Leistungsfähigkeit Deutschlands und die Frage einer Sanierung der deutschen Finanzen im Zusammenhang mit der Frage eines längeren Moratoriums beraten sollen. Es steht noch nicht fest, ob sich Amerika an diesen Beratungen beteiligen wird. Einstweilen heißt es, daß es sich fernhalten wolle, offenbar, weil Frankreich bestrebt ist, die Sachverständigenausschüsse entweder so zu konstruieren, daß es seine Anschauung durchdringen kann, oder den Ausschüssen so geringe Befugnisse einzuräumen, daß ihre Beratungen eigentlich zwecklos sind.

Sier klaffen noch die alten Widersprüche. Frankreich befürchtet von einem jeden Sachverständigenausschuss, daß er Entscheidungen entgegen den Wünschen Frankreichs fällt. Und allerdings ist damit ohne weiteres zu rechnen, sofern ein solcher Ausschuss aus vernünftigen und unabhängigen Männern zusammengesetzt wird.

Was die Ruhrpolitik anlangt, so hat Frankreich in letzter Zeit zu erkennen gegeben, daß es eine gewisse Milderung der bisherigen Methoden eintreten lassen will. Erfreulicherweise ist dieser Tage auch im Zusammenhang damit die Frage der Zurückziehung der militärischen Besatzung im Ruhrgebiet zur Diskussion gestellt worden. Einstweilen stellt sich Frankreich in dieser Frage allerdings ziemlich schwebend. Sie ist natürlich eine der letztlich entscheidenden Fragen. Mit seiner militärischen Besatzung hält Frankreich das Rheinland und Ruhrrevier auch wirtschaftspolitisch unter dem Damm. Und sonach wird es die bedeutungsvollste Aufgabe der Politik der übrigen Mächte sein, die Freiheit des Ruhrgebiets wiederherzustellen. Erst dann werden die Finanzen Deutschlands wirklich saniert und die Reparationen wirklich bezahlt werden können!

## Das Ermächtigungsgesetz des Kabinetts Marx

### Reichstag und Reichsregierung

Am heutigen Nachmittag wird das Reichskabinet Marx vorzugsweise mit dem Ermächtigungsgesetz vor den Reichstag treten, das in der Hauptsache den Witten der Gegenwart mit entsprechenden Maßnahmen zu begegnen. Das Gesetz, das heute vormittag den Reichstag beschäftigte, hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, die Maßnahmen zu treffen, die sie im Hinblick auf die Not von Volk und Reich für erforderlich und dringend erachtet. Eine Abweichung von den Vorschriften der Reichsverfassung ist nicht zulässig. Die erlassenen Verordnungen sind dem Reichstag und dem Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Sie sind aufzuheben, wenn der Reichstag dies in zwei Abstimmungen, zwischen denen ein Zeitraum von mindestens einer Woche liegen muß, verlangt.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Es tritt am 15. Februar 1924 außer Kraft.

Wie es heißt, steht Reichspräsident Ebert auf dem Standpunkt, daß dieses Gesetz nicht mit einfacher Mehrheit angenommen werden könne, sondern eine qualifizierte Mehrheit bedürfe. Es fragt sich, was geschehen wird, wenn die Regierung keine Zweidrittelmehrheit dafür erhält. Die Entscheidung liegt bei den Fraktionen, den Deutschnationalen und den Sozialdemokraten, mit deren Führern Herr Marx Fühlung genommen hat. Daß die deutschnationale Gruppe Schwierigkeiten machen würde, ist wie die „Frankf. Ztg.“ hört, unwahrscheinlich. Dagegen sollen die Sozialdemokraten zur Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes von vornherein entschlossen sein. Die bürgerlichen Mittelparteien verfügen mit den Deutschnationalen und allen kleinen Fraktionsplitzen zusammen über rund 270 Sitze im Parlament, die Sozialdemokraten und Kommunisten über rund 190. Die Sozialdemokraten könnten also durch fernbestimmten Gange die Zweidrittelmehrheit unter allen Umständen verhindern. Sie könnten aber die Verabschiedung des Gesetzes ermöglichen, wenn die Wänke der bürgerlichen Parteien erheblich besser als die der Sozialdemokratie besetzt würden.

Nach einer weiteren Meldung ist es möglich, daß das Ermächtigungsgesetz heute im Reichstag überhaupt nicht eingebracht wird, sondern daß die Regierung ihre Maßnahmen lediglich auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung trifft. In einer Besprechung zwischen Reichskanzler Marx und den Führern der Arbeitsgemeinschaft wurde die Ansicht geäußert, das Ermächtigungsgesetz sei überflüssig. Man könne die notwendigen Maßnahmen auf Grund des Art. 48 durchführen.

### Währung und Finanzen

Das Reichskabinet nahm am Montag nachmittag den Bericht des Reichswährungskommissars Dr. Schacht über die bisher getroffenen und die weiterhin von ihm auf dem Gebiet des Währungswezens beabsichtigten Maßnahmen entgegen, die die Billigung der Reichsregierung fanden. Im Anschluß daran berichtete der Reichsparlamentarier, Minister a. D. Samisch, über die geplanten Sparmaßnahmen. Der vom Reichsparlamentarier unterbreitete Plan für den Abbau u. die Vereinfachung der behördlichen Organisationen wurde gutgeheißen. Die Notwendigkeit einer tatkräftigen Durchführung des Beamtenabbaues wurde betont.

Zu der Meldung, daß die deutsch-englischen Verhandlungen über die Erlangung eines Währungskredits von 100 Millionen Goldmark einen günstigen Verlauf nehmen, stellt das Blatt Dr. Stresemanns, die „Zeit“ fest, daß die Meldung unrichtig ist. Bei den in Betracht kommenden Unterhandlungen handle es sich um das schon früher dargelegte Angebot, monach von den ausländischen Geldgebern ein Betrag von einer Milliarde Goldmark für Währungszwecke zur Verfügung gestellt werden sollte. Die den Unterhändlern zunächst erteilten Weisungen machten sich nach dem Sturz des letzten Kabinetts zurückgezogen worden. Man wolle auf Seiten der ausländischen Geldgeber die weitere politische Entwicklung abwarten, ehe die Verhandlungen wieder aufgenommen würden.

## Politische Neuigkeiten

### Zur Wiederaufnahme des Verkehrs im besetzten Gebiet

Die nach französischen Meldungen in etwa 10 Tagen in Aussicht stehen soll, meldet die „Frankf. Ztg.“ noch folgendes: Die Wiederaufnahme des Verkehrs erfolgt in der Weise, daß auf dem rechten Ufer des Rheins eine Betriebsgrenze eingeführt wird; in den Stationen dieser Grenze wird der Wechsel des Personals und der Wagen durchgeführt, da über den Materialaustausch wie über andere technische Fragen noch keine Einigung erzielt worden ist. Die Reichseisenbahnverwaltung hat die Erwartung ausgesprochen, daß die Betriebsbeschränkungen alle während des passiven Widerstandes erlassenen Restriktionen zurückziehen. Darüber steht die Ratnot noch aus. Das hindert aber nicht die Wiederaufnahme des Verkehrs mit Umfängen in den Grenzstationen. U. a. soll der Verkehr auf der Niederrhein wieder in Gang kommen. Auch der Verkehr zwischen Frankfurt und Darmstadt wird voraussichtlich am 10. Dezember wieder freigegeben. Die internationalen Flüge werden demnächst zum Teil an die Wiederaufnahme des Verkehrs übergeben.

### Ministerkrise in Bayern

Der bayerische Ministerrat hat sich mit einem Ermächtigungsgesetz beschäftigt, in dem der Finanzminister Dr. Krausnick sehr weitgehende Vollmachten zur Vereinfachung der Staatsverwaltung für sich forderte. Da ihm diese Vollmachten nicht gegeben wurden, so hat Dr. Krausnick sein Demissionsgesuch eingereicht. Bei diesem Entschluß hat aber wohl auch mitgewirkt, daß der Finanzminister im Gegensatz zur bayerischen Volkspartei steht. Der Landtag hatte ihm seine Vorlage für eine bayerische Finanzorganisation zurückgegeben, auch hat kürzlich der Bayerische Städtetag ihm das schärfste Mißtrauen ausgesprochen. Auch mit dem Ministerpräsidenten Dr. Knilling bestanden solche Gegensätze.

Zu den „Ministerkrisegerüchten“ schreibt die bayerische Volkspartei-Korrespondenz, daß innerhalb des Ministeriums die Frage eines Revirements seit längerer Zeit in Erwägung gezogen werde. Bei den aufgetretenen Schwierigkeiten handelt es sich ausschließlich um Vorgänge innerhalb der Regierung selbst. Parlamentarische Hintergründe irgendwelcher Art sind nicht vorhanden. Was die nächste Regierungspartei, die Bayerische Volkspartei anlangt, so wird in ihren Reihen nach wie vor die Meinung vertreten, daß totale oder partielle Ministerkrisen im gegenwärtigen Augenblick unerwünscht sind.

### Professor Rothemann über den föderativen Ausbau der Reichsverfassung

Als Gast der Heidelberger Ortsgruppe der Deutschen demokratischen Partei sprach Professor Dr. Rothemann aus München über die Möglichkeiten des föderativen Ausbaus der Reichsverfassung. Professor Rothemann kam zu folgendem Schluß: Ein bayerisches Königtum, für dessen Wiederherstellung heute auch in der Bayerischen Volkspartei, der Hauptträgerin der föderalistischen Bewegung, keine Neigung besteht, das aber trotzdem in Bayern vielen erwünscht erscheint, kann innerhalb der deutschen Republik nie hergestellt werden.

Durchführbar wäre ein Föderalismus nur dann, wenn Preußen aufgeteilt würde, um ein größtmögliches Gleichgewicht der Staaten herzustellen. Im Interesse der außenpolitischen Lage ist jedoch jede Schwächung der Reichsgewalt, in der Preußen den einzigen Hort unserer staatlichen Kraft darstellt, unbedingt zu vermeiden, weder um Bayerns Sonderwünsche zu erfüllen noch im Hinblick auf einen Anschluß Österreichs. Das Schlagwort Föderalismus konnte nur aufgenommen, weil die Staatsgewalt und das deutsche Nationalbewußtsein zu schwach sind. Der Redner forderte deshalb auf, daß alle Deutschen zusammenstehen, damit ein Nationalstaat geschaffen würde. An den Vortrag schloß sich eine längere und lebhafteste Aussprache.

### Elektrifizierungsvertrag zwischen Bayern und Reich

Der Vertrag der Deutschen Reichseisenbahn mit Bayern über die Elektrifizierung der Bahnen in Bayern ist nunmehr zu Stande gekommen, und zwar in der Weise, daß einmal die Reichsbahn für die an sie gelieferte elektrische Kraft die Verzinsung und Tilgung des Bauaufwandes für die Anlagen des Bahnenferwerkes und der mittleren Fahr, die den Einphasenstrom für die Bahnen zu liefern haben, übernimmt, sodann daß sie für den Ausbau weiterer Anlagen der beiden Gesellschaften ein Darlehen im Betrage von 175 Millionen Goldmark gewährt, und endlich, daß die Reichsbahn an den beiden Gesellschaften beteiligt wird. Zu diesem Zwecke wird das bisherige Grundkapital der beiden Gesellschaften von 1,6 Milliarden bzw. 800 Millionen um 200 bzw. 100 Millionen Mark erhöht. Bei künftigen Erhöhungen der Grundkapitalien beider Gesellschaften soll die Reichsbahn in gleichem Verhältnis beteiligt werden. Zu dieser Beteiligung ist die Zustimmung des Landtages erforderlich, die von den zuständigen Ministern beantragt wird. Über die künftige Zusammensetzung des Aufsichtsrates der beiden Gesellschaften soll noch ein Vorschlag erfolgen.

Großes deutsches Arbeitsbuch für Politik, Volkswirtschaft und alle öffentlichen Angelegenheiten. Als Ergebnis einer einwöchigen intensiven Arbeit geht das Große Deutsche Arbeitsbuch für Politik, Volkswirtschaft und alle öffentlichen Angelegenheiten, zusammengestellt von Generalmajor a. D. Otto Schulz, seinen Weg durch Deutschland. Es bringt die Namen, Personalien und Adressen von 800 auf dem Gebiete der Politik, der Volkswirtschaft und aller öffentlichen Angelegenheiten tätigen Männern und Frauen und nennt 251 Sondergebiete, auf denen sich diese betätigen. Das Buch ist in drei Teile geteilt. Der erste enthält die Namen der Politiker, Staatsmänner usw. nebst Adressen und Personalangaben, soweit sie zu erhalten waren. Der zweite Teil nennt ihre Wohnorte, der dritte die Sondergebiete, für die sie sich interessieren. (Burg-Verlag Nürnberg, Prechtelsstraße 4.)

### Kurze Nachrichten

Ein Ermächtigungsgesetz für Württemberg wird auch dem württembergischen Landtag vorgelegt. Die Regierung soll Ermächtigungen zur Sparmaßnahmen und Verbesserung der Einnahmen erhalten. Die Anordnungen sind dem Landtag vor dem 1. März zur Kenntnis zu bringen und treten auf sein Verlangen wieder außer Kraft.

Nachfolger Gavensteins. Der Reichswährungsminister Dr. Gjalmar Schacht ist, wie aus Berlin gemeldet wird, nunmehr definitiv als Nachfolger Dr. Gavensteins für den Posten des Reichsbankpräsidenten ausgerufen. Die Kandidatur Dr. Helfferichs konnte nicht mehr in Betracht.

Einreise-Erhöherung in die Schweiz. Infolge außerordentlich starken Zudrangs deutscher Reisender in die Schweiz hat die eidgenössische Fremdenpolizei eine Verschärfung der Reisebestimmungen erlassen. Die Schweizer Konsulate in Deutschland sind angewiesen, kein Visum mehr von sich aus an Deutsche zu erteilen, sondern erst die Entscheidung der Grenzbehörden in Bern einzuholen.

## Badische Uebersicht

### Baden und das Reich

Unter dieser Überschrift befaßt sich das „Karlsruher Tagblatt“ (Nr. 334 vom 4. Dezember) mit der bekannten Denkschrift des badischen Landtagspräsidenten Dr. Baumgartner, und zwar in zunehmendem Sinne. Beachtenswert sind die Schlüsselformen des Artikels. Die lauten im wesentlichen: „Es war es deutlicher als in diesen Tagen des elendesten Parteimirakels in Berlin, wie notwendig es ist, daß die Einzelländer die Möglichkeiten haben, die ruhige Entwicklung und die besondere Haltung ihrer Bevölkerung von dem Einfluß der Anzuehrigkeit und Unfestigkeit der Berliner Politik freizuhalten. . . . Das badische Volk wird es billigen, wenn seine Regierung ihre erste Pflicht darin sieht, ihren Weg, den sie für richtig hält, weiter zu gehen. Das badische Land hat die Wünsche auf Respektierung seiner Eigenart nie nach Art des bayerischen Volkes zum Ausdruck gebracht. Jeder nach seiner Façon. Die Wünsche sind bei uns trotzdem sehr lebendig und die Denkschrift, die Herr Baumgartner nun dem Landtag vorgelegt hat, zeigt, daß wir hier in Baden auch sehr genau wissen, was wir wollen. . . . Wir glauben, daß das, was in dieser Denkschrift Baumgartners zum Ausdruck kommt, der bestimmte Wunsch nach Rückgabe alter Rechte, die uns zum Ruhen waren, auch der Auffassung der anderen Parteien im Lande entspricht, mit Ausnahme vielleicht der Sozialdemokratie. Aber auch dort scheint die Sympathie für Berlin fast abgeschwächt zu sein. Der Karlsruher „Volkstempel“ sprach vor kurzer Zeit sogar von einer Reichsmüdigkeit in Baden, ein Ausdruck, der zu viel an Pessimismus enthält. Aber es wäre falsch zu verschweigen, daß die Hoffnung auf Gefundung durch die Politik Berlins fast nirgends mehr zu finden ist. Es ist bedauerlich das feststellen zu müssen, aber es ist besser, die Dinge beim richtigen Namen zu nennen. Die Auffassung gewinnt an Raum, daß die Länder selbst den Hauptteil an der Wiederherstellung geordneter Verhältnisse übernehmen müssen, um zu verhindern, daß das Mißtrauen gegen Berlin schließlich zur offenen Ablehnung führt. Und die Zeit drängt. Was die Länder heute brauchen, und sehr bald brauchen, ist eine größere Unabhängigkeit gegenüber Berlin, ist eine Bewegungsfreiheit, die es den Regierungen der einzelnen Länder ermöglicht, alle Maßnahmen zur Wiedergewinnung der verlorenen Art von Land und Leuten anzupassen, um so den bestmöglichen Erfolg zu erzielen. Was vom badischen Standpunkt aus unter dieser Bewegungsfreiheit zu verstehen ist, damit befaßt sich die Denkschrift des Präsidenten Baumgartner.“

### Das badische Zentrum und der Separatismus

Dieser Tage hatte sich bereits, wie mitgeteilt, der Vorstehende der Badischen Zentrumskolonie, Dr. Schöfer, in einer Erklärung gegen einen Artikel der „Münchener Augsburger Abendzeitung“ gewandt, in dem von einer separatistischen Bewegung in Baden gesprochen und die Zentrumspartei damit in Verbindung gebracht wurde. Das Organ des Bad. Zentrums, der „Bad. Beobachter“, faßte nun dazu weiter:

Tatsächlich wurde in dem badischen Blatt kurz vor dem febrüarischen Bierzehnter in München der Versuch gemacht, Baden als marxistisch und separatistisch hinzustellen, denn hier in Baden seien separatistische Bewegungen schon lange vorhanden und reichen „bis weit in die Regierungsfreie hinein“. Wenn man heute sage, daß das badische Münsterland, das dem badischen Volk einen Rechenbach und einen Dr. Wirth schenken habe, mit den Franzosen liebte, so sei das „noch eine recht liebenswürdige und wohlwollende Umfärbung dessen, was hier vorkommt“. Und dann folte der Satz: „Eine starke, vornehmend in Zentrumskreisen moralische Bewegung möchte aus Baden zusammen mit der Biala in ein engeres Verhältnis zu Frankreich bringen.“

Wir möchten dazu zunächst die Bemerkung machen: Die Staatsanwaltschaft hat hier einen Anhaltspunkt, um hochehrwürdigen Bittreue in Baden, die in dem badischen Blatt behauptet werden, auf die Spur zu kommen. Sie darf nur den Gewerkschaften der Münchener-Augsburger Abendzeitung ausfindig machen, um ihn über seine Kenntnis von der Sache und die Stillschaltung seiner Angaben zu vernehmen. Aus unserer Kenntnis dessen, was man speziell in früheren Zentrumskreisen bezuglich dieser Dinge denkt und spricht und handelt, können wir nur feststellen, daß die Behauptungen in dem badischen Blatt ungenügend genau das Gegenteil von der Wahrheit enthalten. Und wir haben daher den starken Verdacht, daß es sich hier um ähnliche Vermutungen handelt, wie 1870/71 und nachher, wo man die badischen und überhaupt süddeutschen als alle bis dahin archaisch denkenden Katholiken als Franzosenlinie hinstellen wollte. Selbstverständlich die reine Verleumdung damals wie heute.

Aber damit ist noch lange nicht alles, daß das badische Blatt durchaus unredlich hat. Wenn wir die Andeutungen, die in dem Blatt gemacht sind, die marxistische Politik der Reichsregierung zerstöre die Wirtschaft in erschütternder Weise und schaffe die Vorbedingung für alle Separationswünsche, mit dem zuzunehmen, was der Residenzanzeiger Nr. 278 über Separatistenbestrebungen von führenden Männern der Großindustrie und des Handels auch in Baden ausplaudert, dann scheint sich daraus zu ergeben, daß aus andere Kreise, als die man dem Zentrum zurechnen kann, den Weg der Sinesis und Volk usw. drunten im Rheinland zu sehen beabsichtigen und sehr rüchria sind. Diese Kreise dürften aber den früheren Nationalliberalen weit näher stehen als der Zentrumspartei. Wie das Münchener Blatt deswegen zu einer Verdächtigung der Zentrumskolonien kommt, versteht man nur, wenn man bedenkt, wie starkes Interesse man vor dem Münchener Ruf in gewissen rechtsgerichteten Kreisen hatte, das Zentrum als marxistisch verachtet hinzustellen und damit auch seine nationale Unverlässlichkeit zu verdächtigen. Ein Blick auf die auswärtige Lage verleiht eine laie Erdtrübnis dieser Art, was das badische Blatt freilich nicht absieht, tat es und pump seine Verdächtigungen in die Welt hinauszuwahren. Wir mühten hier reden, weil es galt, bössartige Verdächtigungen zurückzuweisen.“

### Anerkennung für einen Kommunalverband

Im allgemeinen haben die Kommunalverbände in der Zeit ihrer Wirksamkeit oft Kritik erfahren. Da berührt es angenehm, auch einmal eine andere Auffassung zu hören. Im „Staufer Tagblatt“ vom 1. Dezember lesen wir: „Mit dem heutigen Tage verabschiedet im Amtsbezirk Staufer eine Behörde, welche bei alt und jung, groß und klein sehr populär geworden ist, nämlich der Kommunalverband. Mancher wird ihm keine Träne nachweinen und sagen: Gott sei gedankt! Ich habe hauptsächlich die trauernde Hinterbliebenen, wie Wäcker, Renz, Müller (im Auge), doch viele wird es geben, die diesen Winter noch öfters an die sorgende, ausgleichende Hand des Vaters Kommunalverband mit Wehmüt zurückdenken werden. Wohin wir während des Krieges ohne Kommunalverband gekommen wären, das sieht man jetzt am besten, wo der Bruder groß und das Gewissen immer kleiner wird. Und was speziell den Kommunalverband Staufer anbelangt, so kann die Bevölkerung sowohl mit der Leitung wie der Geschäftsführung sehr zufrieden sein. Ordnung, objektive Verhandlung und kein übertriebener Bürokratismus, waren stets



Literarische Neuerscheinungen

Ferdinand Suggenheimer: Jüdische Kunst. (Mit 36 Tafeln, Verlag Carl Neukirch-Dresden.)

Tafelbuch: Die Wahrheitssucher. Gespräche und Betrachtungen eines Japaners. Eingeleitet von Wilhelm Solf.

Erzählungen von Adalbert Stifter. Ausgewählt und eingeleitet von Josef Hofmiller.

Das Materlind-Buch von Heinrich Meher-Benzel. (Verlag Carl Neukirch-Dresden.)

Novellen von Raarten Maartens. Ausgewählt und eingeleitet von Wolfgang Schumann.

Der Falke. Bücherei zeitgenössischer Novellen. 30. Jahrgang. Band: Thomas Mann, Wesen und Wesenheit.

Arnold Zweig: Söhne. Das zweite Geschichtsbuch. (Verlag Carl Neukirch-Dresden.)

Abam Karrison: Erlebnisse eines Erdenbummlers. (Grote'sche Sammlung von Werken zeitgenössischer Schriftsteller.)

Karrison hat, wie Hermann Hesse einmal von ihm schrieb, die gebildete und fröhliche Art des Erzählers...

Johannes Jegerlehner, Aufer der roten Flut. Roman aus den Walliser Alpen. (Grote'sche Sammlung von Werken zeitgenössischer Schriftsteller Band 163.)

Walter von Holo, Auf der rollenden Erde. Roman. (Albert Langen München.)

O. S. Marben: Aufwärts. (Verlag Julius Hoffmann Stuttgart.)

Staatsanzeiger

Der Chef der Secretariate Nr. 790. 11. 23. 1. III.

Bekanntmachung

Berlin, den 13. November 1923. Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 26. September 1923...

Bekanntmachung

Notgeldmünzen des deutschen Volkspfers. In die Bezirksamter. Die Reichszentrale für Heimatdienst...

Der Minister des Innern

J. B. Leers. Für das Jahr 1924 sind zur Veröffentlichung der Bekanntmachungen der badischen Justizbehörden...

- I. Bekanntmachungen des Oberlandesgerichts Karlsruhe: 1. Konstanz: Konstanz Zeitung, 2. Waldshut: Albote, 3. Freiburg: Freiburger Zeitung, 4. Offenburg: Offenburg Zeitung, 5. Karlsruhe: Karlsruher Zeitung, 6. Mannheim: Das Neue Mannheimer Volksblatt, 7. Heidelberg: Badische Post, 8. Rastatt: Rastatter Volksblatt.

Herzliche Bitte an die Bevölkerung in Stadt und Land!

Seit Beginn des laufenden Jahres hat sich die Zahl der in der Stadt Karlsruhe anfallenden Arbeitslosen ununterbrochen vermehrt.

Die Unterhaltungen, die aus der Erwerbslosensicherung gezahlt werden können, sind so gering, daß sie auch bei den bescheidensten Ansprüchen nicht für die Ernährung ausreichen.

Die Stadtverwaltung war gezwungen, um die Not der Erwerbslosen zu lindern, ergänzende Unterstützung in Form von Naturalien aller Art zu gewähren.

In voller Übereinstimmung mit den Gewerkschaften aller Richtungen richtet die Stadtverwaltung an die Bevölkerung in Stadt und Land die ebenso herzliche wie dringende Bitte, nach Kräften dazu beizutragen, die Not der Erwerbslosen zu lindern.

Spenden in Form von Lebensmitteln und sonstigen Lebensbedürfnissen sind besonders erwünscht und werden im Verbandskrankenhaus, Kriegsstraße Nr. 103, wo sich eine Volkstüche für die Erwerbslosen befindet, entgegengenommen.

Eine Hausammlung findet in Karlsruhe-Stadt nicht statt, dagegen werden auf Wunsch die Spenden gerne abgeholt. (Arbeitsamt, Telefonruf Nr. 5270.)

Die Arbeitgeber, die Angestellten und Arbeiterkräfte werden gebeten, sich über die einheitliche Abführung der in den Betrieben gesammelten Beträge zu verständigen.

Indem wir den Bewohnern in Stadt und Land, die sich bisher schon in großzügiger Weise an der Unterstützung der Erwerbslosen beteiligt haben, herzlich

bedanken, haben wir das Vertrauen, daß auch dieser erneuten Bitte nach Kräften Rechnung getragen wird.

An die Erwerbslosen selbst wird die Aufforderung gerichtet, darauf zu achten, daß durch unbefohlene Elemente das von der Stadtverwaltung in Verbindung mit den Gewerkschaften eingeleitete Hilfsnetz nicht gestört wird.

- Der Oberbürgermeister: J. A. Sauer. Allgemeiner Christl. Gewerkschaftsverband: Schulenburg. Allgem. freier Anstelltenbund: Häffner. Allgemeiner deutscher Beamtenbund: Koch. Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter, Angestellten und Beamtenverbände: Stier.

Badisches Landestheater. Mittwoch, 5. Dez. 7 1/2, b. n. 9 Uhr. Sp. I 2.50 M. Th.-Gem. B.V.B. Nr. 6701-6900.

M. Sinfonik-Konzert des Bad. Landestheater-Orchesters. Dirigent: Prof. Dr. Hans Pitzner a. G. Solist: Klaviervirtuose Walter Gieseking.

Notgeld der Stadt Achern. Das von uns ausgegebene Notgeld wird zur Rückgabe aufgerufen und ist bis einschließlich 15. Dezember d. J. bei der Stadtkasse hier einzulösen.

Das von uns ausgegebene Notgeld wird zur Rückgabe aufgerufen und ist bis einschließlich 15. Dezember d. J. bei der Stadtkasse hier einzulösen.

Die Gebühren der Kaminfeger betr. Die Gebühren der Kaminfeger werden mit Wirkung vom 1. ds. Mts. ab um 5 Prozent erhöht.

Öffentliche Klageausstellung. 11.651.2.1. Bruchsal. Der Kaufmann August Sauter, inhaftiert in Eppingen, vertreten durch Rechtsanwalt Kefermann in Eppingen...

Öffentliche Klageausstellung. 11.651.2.1. Karlsruhe. Die Ehefrau des Schreiners Karl Arnold, Marie geb. Stadler aus Durlach, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Trautwein in Durlach...

Öffentliche Klageausstellung. 11.651.2.1. Karlsruhe. Die Ehefrau des Schreiners Karl Arnold, Marie geb. Stadler aus Durlach, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Trautwein in Durlach...

Öffentliche Klageausstellung. 11.651.2.1. Karlsruhe. Die Ehefrau des Schreiners Karl Arnold, Marie geb. Stadler aus Durlach, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Trautwein in Durlach...

Öffentliche Klageausstellung. 11.651.2.1. Karlsruhe. Die Ehefrau des Schreiners Karl Arnold, Marie geb. Stadler aus Durlach, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Trautwein in Durlach...

Öffentliche Klageausstellung. 11.651.2.1. Karlsruhe. Die Ehefrau des Schreiners Karl Arnold, Marie geb. Stadler aus Durlach, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Trautwein in Durlach...

Öffentliche Klageausstellung. 11.651.2.1. Karlsruhe. Die Ehefrau des Schreiners Karl Arnold, Marie geb. Stadler aus Durlach, Prozeßbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Trautwein in Durlach...

- 5. Pfullendorf: Pfullendorfer Anzeiger, 6. Badolzell: Freie Stimme, 7. Stodach: Stodacher Tagblatt, 8. Überlingen: Seebote, 9. Willingen: Willinger Volksblatt.

- b) Landgerichtsbezirks Waldshut: 1. Bonndorf: Schwarzwälder Zeitung, 2. Säckingen: Säckinger Volksblatt, 3. St. Blasien: Albote, 4. Schönbühl: Wiesentäler Nachrichten, 5. Schopfheim: Markgräfler Tagblatt, 6. Waldshut: Albote.

- c) Landgerichtsbezirks Freiburg: 1. Breisach: Breisacher Zeitung, 2. Emmendingen: Breisgauer Nachrichten, 3. Ettenheim: Ettenheimer Nachrichten, 4. Freiburg: Breisgauer Zeitung, 5. Kenzingen: Kenzinger Wochenblatt, 6. Lössen: Oberbadisches Volksblatt, 7. Müllheim: Markgräfler Nachrichten, 8. Neustadt: Echo vom Hochfirth, 9. Staufen: Staufen Tagblatt, 10. Waldkirch: Waldkircher Volkszeitung.

- d) Landgerichtsbezirks Offenburg: 1. Achern: Badische Nachrichten, 2. Bühl: Acher- und Bühlerbote, 3. Gengenbach: Ringbote; Schwarzwälder Volksstimme, Notariat Gengenbach: Ringbote; Schwarzwälder Volksstimme; Offenburg Zeitung, 4. Kehl: Kehler Zeitung, 5. Lahr: Lahrer Zeitung, 6. Oberkirch: Renchtaler Zeitung, 7. Offenburg: Offenburg Zeitung, 8. Trüben: Trübener Bote, 9. Wolfach: Der Ringtälter, Notariat Wolfach: Ringtälter Nachrichten; Schwarzwälder Volksstimme.

- e) Landgerichtsbezirks Karlsruhe: 1. Baden: Badener Tagblatt, 2. Bretten: Brettener Zeitung, 3. Bruchsal: Bruchsaler Zeitung, 4. Durlach: Durlacher Tagblatt, 5. Ettlingen: Mittelbadischer Kurier, 6. Gernsbach: Rurgäler, 7. Karlsruhe: Karlsruher Zeitung, 8. Forstheim: Forstheimer Freie Presse, 9. Philippsburg: Bruchsaler Bote, 10. Rastatt: Rastatter Tagblatt.

- f) Landgerichtsbezirks Mannheim: 1. Mannheim: Das Neue Mannheimer Volksblatt, 2. Schwetzingen: Schwetzingener Zeitung, 3. Weinheim: Weinheimer Anzeiger.

- g) Landgerichtsbezirks Heidelberg: 1. Eppingen: Eppinger Zeitung, 2. Heidelberg: Badische Post, 3. Sinsheim: Sinsheimer Landbote, 4. Wiesloch: Wieslocher Zeitung.

- h) Landgerichtsbezirks Rastatt: 1. Adelsheim: Maulbacher Bote, 2. Forstheim: Maulbacher Bote in Adelsheim, 3. Buchen: Volksblatt, 4. Eberbach: Eberbacher Zeitung, 5. Rastatt: Rastatter Volksblatt, 6. Redarbschloßheim: Maulbacher Zeitung in Rastatt, 7. Tauberbischofsheim: Tauber- und Frankensbote, 8. Ballbrunn: Oberrheinischer Bote, 9. Wertheim: Wertheimer Zeitung.

Karlsruhe, den 30. November 1923. Der Justizminister. Trunk. Strobel.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurufetzungen usw. der planmäßigen Beamten. Ministerium der Finanzen. Zurufetzung auf Ansuchen: Finanzreferent Friedrich Wölschel bei der Staatsschuldenverwaltung.

Aufruf v. Gutshöfen. Die Reichsbahndirektion Karlsruhe hat die von ihr auszusacheneben Gutshöfen aus 10 und 20 Millionen sowie 1 Milliarde Mark mit Wirkung vom 1. Dezember 1923 zum Einruferufen. Die Scheine werden nach bis 31. Dezember 1923 von den Kassen an Ablusmittel oder zum Umlauf an den aechtschuldigen Ablusmittel ananonym. Mit 31. Dezember 1923 verlieren diese Gutshöfen ihre Gültigkeit als Ablusmittel. Karlsruhe, 29. Nov. 1923. Reichsbahndirektion.

Öffentliche Versteigerung. Öffentliche Versteigerung alter, für Eisenbahnwecke nicht mehr geeigneter Geräthe, darunter Kochherde, Lisen, Bäule, Eisenel, Gaslisen, Sturmlaternen, Schrotmälzine, 2 Kältemaschinen u. Werkzeuge für Schuhmacher u.d.m. an den Parzablung am Donnerstag, den 6. Dezember d. J. vormittags 8 Uhr beginnend im Gerichtsauditorium Karlsruhe, alter Perlonenbahnhof (Eingang Rappurverstr.). Karlsruhe, 26. Nov. 1923. Reichsbahndirektion. Materialamt. u.609